

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Russische Revolutionen



Befreiung oder Gewalt?
Finnlands Unabhängigkeit
Konservative & Bolschewismus
Moskau blickt zurück auf 1917

WeltBlick

Wasser im Nahostkonflikt
Viel Lärm um Nord Stream 2

Forum

Die Linke und die NATO

Kommentar

Russland-Sanktionen & Europa

ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-70-5



4 191574 104808 10

4

WeltBlick

- 4 Viel Lärm um Nord Stream 2
Matthias Dornfeldt
- 9 Wasserkonflikte im Nahen Osten
Clemens Messerschmid



14

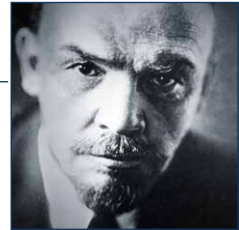
Brief aus ...

Pretoria

16

Thema: Russische Revolutionen

- 18 Befreiung oder Gewalt?
Jürgen Angelow
- 24 Oktoberrevolution und Friedensgebot
Erhard Crome
- 28 Finnland und die russischen Revolutionen
Dörte Putensen
- 33 Deutsche Konservative und der Bolschewismus
Michael Zantke
- 37 100 Jahre Russische Revolution – Impressionen aus dem Ursprungsland
Vladimir Fomenko



44

Forum: Die Linke und die NATO

Repliken auf Wolfram Wallraf





Die Story: Die zwei Gesichter der Anna Lindh

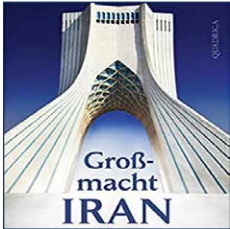
54

Al Burke

Analyse: Türkei – Wende zur Diktatur

58

Savaş Genç



Bücherschau

63

Brief an die Redaktion

68

Impressum

69



US-Sanktionspläne werfen Schatten auf Europa

70

Ein Kommentar von Michael Harms

Wort und Strich

72

NATO: Auflösung ist einfacher als Transformation

Alexander Neu

Die von Wolfram Wallraf ausgearbeitete Abhandlung über das Verhältnis der Partei DIE LINKE zur NATO macht eine Reaktion erforderlich: Wer der Partei DIE LINKE vorwirft, den „Ausstieg aus der NATO als Ziel im politischen Wettbewerb“ zu fordern und diese Ausstiegsforderung auf einen „hochtrabenden propagandistischen Anspruch“ zu reduzieren, der reduziert die außen- und sicherheitspolitischen Konzeptionen der Partei auf reine Wahlkampfaktik. Aber um Wahlkampfaktik geht es eben nicht. DIE LINKE vertritt aus friedens- und sicherheitspolitischer Überzeugung die Position, dass die NATO aufgelöst und durch ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit in Europa ersetzt werden muss. Der Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO stellt hierbei einen zentralen Zwischenschritt dar. Dieser von der LINKEN verfolgte Weg zur Auflösung der NATO und Ersetzung durch ein Sicherheitskollektiv – auch zwecks Vermeidung eines sicherheitspolitischen Vakuums in Europa – unterscheidet sich signifikant von der strukturimmanenten Vorgehensweise Wallrafs.

Das Wallraf'sche Konzept basiert auf der Transformation der NATO. Seine Vorschläge, was Deutschland in der NATO im Rahmen der Transformation alles tun könnte (beispielsweise Beendigung einer russophoben Bedrohungsanalyse), kann und muss Deutschland sogar auch in der Übergangsphase der NATO (Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen bis zur endgültigen Selbstauflösung des Militärbündnisses) verfolgen. Der Unterschied zur LINKEN-Konzeption besteht eben darin, dass diese von Deutschland zu initiiierenden Maßnahmen bei Wallraf darauf hinauslaufen, die NATO wieder zu einem reinen Verteidigungsbündnis zu re-reformieren und mit der Russischen Föderation einen friedlichen Modus Vivendi auszuhandeln. Europa bliebe aber so in drei Klassen gespalten: in NATO-Mitglieder, Nicht-NATO-Mitglieder, die sich in einem sicherheitspolitischen Vakuum befänden, und in – von der Russischen Föderation geführt – OVKS-Mitglieder. Diese geopolitische und geoökonomische Teilung Europas provoziert jedoch geradezu ihre Überwindung durch geopolitische Machtkämpfe um die „Vakuum“-Staaten. DIE LINKE hingegen fordert – zumal in einer Zeit des Umbruchs in der internationalen Politik –, eine alte Friedenskonzeption neu aufzulegen, da nur diese ungeteilte Sicherheit ermöglicht: das System gegenseitiger kollektiver Sicherheit.

Austritt aus den militärischen Strukturen ist eine Voraussetzung

Wie ist die Auflösung der NATO anhand welcher konkreten politischen Maßnahmen zu erreichen? Diese Frage ist zentral für DIE LINKE, da hiervon auch die friedenspolitische Glaubwürdigkeit unserer Partei abhängt. Der Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO ist eine zentrale Maßnahme, um den Militärpakt zu erschüttern. Dass ein Austritt möglich ist, hat die Geschichte bewiesen: Am 21. Februar 1966 schaffte der französische Präsident Charles de Gaulle einen Präzedenzfall, indem er den Austritt Frankreichs aus den militärischen Strukturen der NATO erklärte. Der Schritt hatte den Abzug der französischen Vertreter aus den NATO-Stäben, die Beendigung der Unterstellung der französischen Truppen unter das NATO-Kommando sowie den Abzug des NATO-Hauptquartiers aus Frankreich zur Folge. Der Schritt führte jedoch keineswegs zu einer politischen Marginalisierung des westeuropäischen Landes: Da Frankreich weiterhin politisches Mitglied der Militärallianz war, konnte das Land nämlich auch außerhalb der militärischen Strukturen an der politischen Konzeption der Strategie dieses Bündnisses mitwirken. Trotz alledem stürzte die neue internationale Lage durch den Austritt aus den militärischen Strukturen das nordatlantische Militärbündnis in eine ernsthafte Krise.¹

Der militärische Austritt Frankreichs aus der NATO sollte nicht der einzige in der Geschichte des Militärpaktes bleiben: Als 1974 eine türkische Invasion auf der mehrheitlich von ethnischen Griechen bewohnten Insel Zypern drohte, kündigte die griechische Regierung von Konstantinos Karamanlis (im Amt von 1974 bis 1980) an, ebenso aus den militärischen Strukturen der NATO auszutreten.² Griechenland positionierte sich sogar in dieser Zeit auf besondere Weise zwischen den Blöcken, indem sowjetischen Kriegsschiffen gestattet wurde, griechische Häfen zu nutzen.³ Auch am anderen Ende des Mittelmeeres lief die NATO-Integration anders ab als von einigen Washingtoner Politikern und Strategen erhofft und gedacht. Nachdem im Mai 1982 Spanien unter einer konservativen Regierung der NATO beigetreten war, beschloss die folgende sozialdemokratische Regierung unter Felipe González (im Amt von 1982 bis 1996), ein Referendum

1 Vgl. Ellison, James: Separated by the Atlantic – The British and de Gaulle, 1958–1967. In: *Diplomacy & Statecraft*, 17/2006 (4), S. 853–870.

2 Vgl. Rizas, Sotiris: Atlanticism and Europeanism in Greek foreign and security policy in the 1970s. In: *Southeast European and Black Sea Studies*, 8/2008 (1), S. 51–66, hier S. 52.

3 Vgl. Roberts, Stephen S.: The Turkish Straits and Soviet Naval Operations. In: *Navy International*, 86/1981 (unbekannt), S. 585.

über den Status der NATO-Mitgliedschaft abzuhalten. Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen sorgte dafür, dass Spanien zwar politisch Mitglied der NATO bleiben solle, jedoch nicht militärisch.⁴

All diese Beispiele zeigen, dass ein Austritt aus den militärischen Strukturen ein durchsetzbarer Schritt ist. Zum militärischen Austritt gehört auch der Abzug der US-Atomwaffen sowie aller ausländischen Streitkräfte aus Deutschland. Auch das wäre nichts Ungewöhnliches, schließlich beharrte die griechische Regierung des Sozialdemokraten Andreas Papandreou (1981–1989) auf der Forderung des Abzuges der US-Atomwaffen aus seinem Land.⁵ De Gaulle hatte 1959 auch darauf bestanden, dass alle alliierten Atomwaffen aus Frankreich abgezogen werden sollten.⁶ Der Umsetzung des Austritts aus den militärischen NATO-Strukturen und des Abzuges der US-Truppen aus Deutschland – derzeit etwa 45.000 Soldatinnen und Soldaten – sind rechtliche Vorgaben, die auch zeitliche Fristen beinhalten, gesetzt. Unmöglich wird das Vorhaben dadurch aber nicht: Die Präsenz der Truppen der USA in Deutschland muss durch Kündigung des Aufenthaltsvertrages von 1954, des NATO-Truppenstatutes (NTS) von 1951 sowie des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut (ZA-NTS) von 1959 formalrechtlich beendet werden. Wie im Notenwechsel der deutschen und der US-amerikanischen Regierung nach dem Beitritt der DDR zur BRD vom 25. September und 16. November 1990 vereinbart, beinhaltet die Kündigung der Verträge eine Frist von zwei Jahren zu deren Umsetzung.⁷ Im Laufe einer Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist somit ein Abzug der US-Truppen aus Deutschland möglich und durchaus realisierbar. Die Gelder, die durch die ausbleibenden Manöverschäden gespart würden, könnten dann in die Konversion fließen.

Temporärer Verbleib in den politischen Entscheidungsstrukturen

Auch nach einem militärischen Austritt aus dem Bündnis könnte die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in die Strukturen und Entscheidungen

4 Vgl. Holman, Otto (1996): Integrating Southern Europe – EC Expansion and the Transnationalization of Spain. Taylor & Francis, London / New York, S. 100–106. Aus unterschiedlichen Gründen traten Griechenland 1980, Spanien 1999 und Frankreich 2009 – unter konservativ-atlantischen Regierungen – den militärischen Strukturen der NATO (wieder) bei.


5 Klick, Donna J.: A Balkan Nuclear Weapon-Free Zone: Viability of the Regime and Implications for Crisis Management, in: Journal of Peace Research, 24/1987 (2), S. 114.

6 Vgl. Nuenlist, Christian: Dealing with the devil: NATO and Gaullist France, 1958–66. In: Journal of Transatlantic Studies, 9/2011(3), S. 223.

7 Vgl. Schäfer, Paul: US-Streitkräfte in Deutschland, Berlin 2008, S. 4; http://www.paulschaefer.info/PDFs/US-Streitkraefte_in_D.pdf (abgerufen am 25.8.2017).

der NATO weiterhin entscheidend hineinwirken: Das höchste politische Gremium der Organisation ist der Nordatlantikrat (North Atlantic Council, NAC). Der NATO-Rat trifft im Konsens alle wichtigen politischen und strukturellen Entscheidungen. In dem Gremium gilt das Prinzip der Einstimmigkeit, was jedem einzelnen Mitglied ein Vetorecht einräumt.⁸

Kehrseite des Konsens- und Vetomechanismus ist aber auch, dass es das Konsensprinzip erlaubt, dass ein einziges Mitgliedsland eine Perspektive zur Transformation der NATO hin zu einem grundsätzlich friedlichen Bündnis blockieren kann. Ansätze in diese Richtung würden höchstwahrscheinlich von atlantizistischen Regierungen von Mitgliedstaaten wie Großbritannien, Dänemark⁹ und einigen osteuropäischen Mitgliedern¹⁰ blockiert werden. Eine wie auch immer geartete Transformation der NATO wird in den kommenden Jahrzehnten mit diversen Regierungen einiger Mitgliedsländer nicht erreichbar sein, was auch das Transformationskonzept von Wallraf unrealistisch macht.

Die einzige Perspektive, die für eine fortschrittliche NATO-Politik bleibt, lautet daher Blockade: In allen Gremien der NATO, in denen das Einstimmigkeitsprinzip gilt, muss durch die hemmungslose Anwendung des Vetos dieser Militärpakt gelähmt werden. Nur durch die Blockade der NATO bei gleichzeitiger Aufwertung der OSZE zu einem echten Sicherheitskollektiv kann dauerhaft die Sicherheitslage in Europa unter Einschluss Russlands, Weißrusslands, der Ukraine und anderer postsowjetischer Staaten verbessert werden. 

8 Vgl. www.nato.int/cps/en/natolive/topics_49763.htm (abgerufen am 25.8.2017).

9 Vgl. Mouritzen, Hans: Denmark's super Atlanticism. In: *Journal of Transatlantic Studies*, 5/2007 (2), S. 155–167.

10 Beispielsweise Polen: Longhurst, Kerry: A Note on Polish Atlanticism on the Move. In: *American Foreign Policy Interests*, 30/2008 (3), S. 136–143.

Die NATO: Ein Sicherheitsrisiko

Werner Ruf

Dankenswerterweise verweist Wallraf eingangs auf den humorigen ersten (britischen) NATO-Generalsekretär und dessen Definition der drei Aufgaben der NATO. Und er stellt richtig den Wandel fest: Die Russen sind draußen, die Amerikaner sind (noch) drinnen – und die

Deutschen, das darf, ja muss man deutlich sagen: oben! Das impliziert in der Tat „Verantwortung“. Ob diese aber im Sinne dessen realisiert werden kann, was Joachim Gauck vor der Münchner Sicherheitskonferenz vorgetragen hat und was zuvor die von SWP und GMF im September 2013 erarbeitete Blaupause für die Außenpolitik der Großen Koalition („Neue Macht – neue Verantwortung“) skizziert hat, hat nichts zu tun mit der Wahrnehmung von Verantwortung für eine sicherere (und bessere) Welt, denn Aufrüstung, weltweite Interventionen und militärisch abgesicherte Dominanz sind kein Beitrag zur Lösung der Konflikte des 21. Jahrhunderts, die vor allem soziale und ökologische Ursachen haben.

Bereits Kant hatte im 3. Präliminarartikel in seiner Schrift „Zum Ewigen Frieden“ die Abschaffung der stehenden Heere gefordert, da diese durch ihre schiere Existenz „andere Staaten unaufhörlich mit Krieg [bedrohen]“ und daher Ursache von Rüstungswettläufen sind. Genau diesen Zusammenhang übersieht Wallraf, wenn er beispielsweise vom Sicherheitsbedürfnis der osteuropäischen Staaten spricht, das nicht geleugnet werden kann. Jedoch: Wird Sicherheit dadurch erreicht, dass die NATO, die zu Zeiten des Kalten Krieges 16 Mitgliedstaaten zählte, nun auf 29 angewachsen ist, die zudem alle in Osteuropa liegen? Sind die permanenten Manöver in Osteuropa, die Verlegung von Kampftruppen nach Polen und in die baltischen Staaten nicht gerade Produzenten jenes Sicherheitsdilemmas, das dann täglich in unseren Leitmedien beschworen wird?

„Keep the Russians out!“ – immer noch?

Wie wäre es denn gewesen, wenn der Westen Geist und Buchstaben der Charta von Paris, in der von der Errichtung eines gemeinsamen Europäischen Hauses geschwärmt wurde, ernst genommen und Russland eine kleine Wohneinheit zugebilligt hätte? Wären die sich von Russland bedroht fühlenden osteuropäischen Staaten nicht sicherer, wenn man ihnen – und der Ukraine – eine international garantierte Neutralität zugestanden hätte? Einen solchen Vorschlag hat, mit Blick auf die Ukraine, immerhin der österreichische Außenminister Sebastian Kurz gemacht, der nun wirklich nicht verdächtigt werden kann, Anhänger einer linken Partei oder Bewegung zu sein, der aber weiß, dass Österreich mit seiner Neutralität bisher ganz gut gefahren ist. Wenn schon konzidiert wird, dass „die ganze Architektur [...] dysfunktional [sein mag]“, dann wäre ein solcher Weg sicher gangbar, um eine andere, den

Interessen aller dienende Sicherheitsarchitektur zu schaffen. „Den Russen“ von vornherein die Kompetenz zur „Einordnung in integrative Strukturen“ abzusprenken ist nicht nur der apriorische Verzicht auf diplomatisches Austesten – er klingt nach jenem Drittelssatz von Lord Ismay: „Keep the Russians out!“ Wieso sollte er Gültigkeit behalten, wenn die beiden anderen Drittelssätze offenkundig nicht mehr gelten? Ist die Konfrontation mit Russland, wie sie in diesem Satz zum Ausdruck kommt, ein ehernes Gesetz? Wieso findet sich Russland dann in anderen integrativen Strukturen wie BRICS und der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit? Ihre Geschichte machen die Menschen selbst. Es ist ihnen gestattet, dabei den Verstand zu nutzen.

Aus der Perspektive imperialer Herrschaft

Recht hat Wallraf, wenn er fordert, dass es keine Out-of-Area-Einsätze der NATO mehr geben sollte. Allerdings muss gefragt werden, ob diese Forderung nicht längst obsolet ist: Zeitgleich mit ihrem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien legte die NATO auf ihrem 50-jährigen „Geburtstagsgipfel“ 1999 in Washington ihre neuen Aufgaben fest, darunter die Non-Article 5 Crisis Response Operations (NA5CRO), die dann im Jahr 2000 als gemeinsame alliierte Doktrin formalisiert wurden und für das Bündnis Gültigkeit haben. Die NA5CRO sollen sich zwar „im Allgemeinen“ auf ein Mandat der Vereinten Nationen stützen, doch zeigen die Fälle Jugoslawien wie auch die eindeutige Missachtung des Sicherheitsratsmandats im Falle Libyen, dass die NATO sich um völkerrechtliche Normen nicht mehr schert. Konsequenterweise agiert sie in solchen Fällen seither auch unter dem Etikett „internationale Gemeinschaft“, was suggeriert, dass sie an die Stelle der Vereinten Nationen tritt, und sie maßt sich das Recht auf – auch militärische – Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten an. Damit werden die Grundpfeiler der Charta der Vereinten Nationen zerstört, wie sie in Art. 2.4 und 2.7 (Gewaltverbot, Nichtintervention) der Charta festgelegt sind. Das Faustrecht kehrt in die internationalen Beziehungen zurück. Die Anmaßung, Nicht-Artikel-5-Interventionen weltweit und ggf. ohne Mandat des Sicherheitsrats durchzuführen, macht die von Samir Amin aufgestellte These mehr als plausibel, dass die NATO inzwischen zum Instrument für die militärische Kontrolle des Planeten im Interesse des Verbunds der herrschenden kapitalistischen Systeme geworden ist.

Wenn dem aber so ist, stellt sich die Frage nach der Mitgliedschaft im Bündnis längst nicht mehr aus dem Blickwinkel der Verteidigung, die, hätte man es gewollt, seit 1990 obsolet geworden wäre. Vielmehr stellt sie sich aus der Perspektive der – auch militärisch – abgesicherten imperialistischen Herrschaft. Mitgliedschaft im Bündnis heißt dann, Teil jenes Verbunds kapitalistischer Mächte zu sein, die über die Geschichte der Welt bestimmen und ihre Regeln – notfalls mit Gewalt – durchsetzen. „Verantwortung“ als tragender Wert deutscher Außenpolitik entpuppt sich so, gerade angesichts des nicht zu leugnenden Abstiegs der USA, als politisch-militärischer Gestaltungswille, der durch den wachsenden Führungsanspruch Deutschlands in der Welt, in der NATO und nicht zuletzt in der EU (die ja auch ein Militärbündnis ist!) ebendieses Bündnisses bedarf, um politische und ökonomische Interessen des zur Führungsmacht avancierten Deutschland durchzusetzen. Dass Gewalt strukturell (als Ausbeutung) oder offen (mittels des Militärs) die Welt aber nicht friedlicher macht, ist eine Binsenweisheit. Insofern ist der Kampf gegen die NATO und ihre möglichst baldige Abschaffung nur ein Teil des Kampfes für eine bessere, gerechtere und konfliktärmere Welt. Er wird so auch ein Kampf für die Glaubwürdigkeit der von der LINKEN vertretenen Ziele insgesamt. 🌐

DIE LINKE und die NATO – eine persönliche Wortmeldung

Hans Modrow

Am 4. Dezember 1989 hatte ich meine erste persönliche Begegnung mit Michail Gorbatschow. Er hatte die führenden Vertreter des Warschauer Vertrages nach Moskau eingeladen, um sein Treffen mit US-Präsident Bush auszuwerten. Egon Krenz, der mit mir in Moskau weilte, hatte Gorbatschow schon viele Male getroffen. In seinem Buch *Herbst 89* gibt er seine Eindrücke wieder. Mein Eindruck war ein völlig unkonzentrierter Gorbatschow, der eine Erzählung macht, wobei das Militärbündnis des Warschauer Vertrages auf sein Ende zusteuert. Das deutsche Thema war eine Randfrage und nur mithilfe meines Freundes Valentin Falin war Gor-

batschow zu einem kurzen Gespräch mit Egon Krenz und mir bereit. Die Pressemeldung über unser Treffen haben Falin und ich vereinbart, Gorbatschow interessierte sich schon nicht mehr.

Es brauchte zwei Monate, ehe Gorbatschow bereit war, sich mit mir am 30. Januar 1990 in Moskau erneut zu treffen. Es war ein „großer Bahnhof“, wie die Diplomaten sagen. Gorbatschow, Ryshkow, Schewardnadse und Falin. Auf unserer Seite war er kleiner – Harry Ott, Stellvertretender Außenminister, Gerd König, Botschafter, und ich, für die Pressearbeit Wolfgang Meyer. Bevor das Treffen begann, hatte die Presse Gelegenheit, Fragen zu stellen. Gorbatschow hatte nur ein Stichwort: „Die Deutschen haben das Selbstbestimmungsrecht, wir mischen uns nicht ein.“ Gegenstand der Beratung war die Lage in der DDR und mein Vorschlag für ein Dreistufenprogramm zur Vereinigung Deutschlands. Da klar war, dass die Sowjetunion als Siegermacht die DDR aufgegeben hatte, musste ich eine Initiative ergreifen. Sie lautete Vertragsgemeinschaft, Konföderation, deutscher Bundesstaat mit einer Verfassung. Harry Ott und mir war bewusst, dass damit auch die Kernfrage der NATO verbunden war. Unsere Haltung war klar, ein vereintes Deutschland muss militärisch neutral sein. Im Jahr 1955 galt dieser Grundsatz auch für Österreich. Die sowjetische Seite stimmte zu und am 1. Februar verkündigte ich dieses Ergebnis auf einer internationalen Pressekonferenz. So unsere Absicht.

Dann begann ein Wettlauf. Am 8. und 9. Februar 1990 weilte der US-Außenminister Baker in Moskau und Gorbatschow gab die Zustimmung für ein vereintes NATO-Deutschland. Am 10. Februar weilte Helmut Kohl in Moskau und erklärte bei seiner Rückkehr, er habe den Schlüssel zur Vereinigung Deutschlands aus Moskau geholt. Innerhalb der Begegnung wurden zwei Fragen vorrangig diskutiert: Wie groß sind die materiellen Vorleistungen der BRD, um eine bessere Versorgung der Bevölkerung der Sowjetunion zu erreichen, um damit den Druck von Gorbatschow zu nehmen. Und zum Zweiten: Der Rahmen einer Selbstbestimmung der Deutschen nach einer Vereinigung war auf eine weitere Mitgliedschaft in der NATO ausgerichtet. Der am 30. Januar zwischen mir und Gorbatschow vereinbarte Dreistufenplan war ab diesem Zeitpunkt nicht mehr Gegenstand sowjetischer Positionen. Damit wären wir beim aktuellen Thema. Deutschland ist die größte Wirtschaftsmacht in Europa und herrschende Politik strebt nach stärkster Militärmacht in Europa und nimmt aktiv an Kriegsführungen teil. Von deutschem Boden geht wieder Krieg aus. Aber das ist schon ein neues Thema. 